Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)

Ziele:

- 1 Freiheit durch existenzielle Unabhängigkeit
- 2. Beseitigung von Armut
- 3. Verteilungsgerechtigkeit Umverteilung von oben nach unten Mögliche Umverteilung:
 - Umverteilung der Vermögen
 - Umverteilung der Einkommen

Das Grundeinkommen ist ein individuelles Mindesteinkommen und führt zu einer Umverteilung der Einkommen.

Die Umverteilung der Vermögen wird durch das BGE weder gefördert noch behindert.

Die Forderung nach Vermögens-Umverteilung <u>anstatt</u> einer Umverteilung der Einkommen (Butterwegge) ist Unsinn: Beides kann unabhängig voneinander erfolgen.

Definition des deutschen Netzwerk Grundeinkommen:

(www.grundeinkommen.de)

Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt.

Es soll

- die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Das Grundeinkommen stellt somit eine Form von Mindesteinkommenssicherung dar, die sich von den zur Zeit in fast allen Industrienationen existierenden Systemen der bedarfsorientierten Grund- bzw. Mindestsicherung wesentlich unterscheidet.

Das Grundeinkommen

- 1. wird an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt,
- 2. steht jedem Individuum unabhängig von sonstigen Einkommen zu, und
- 3. wird gezahlt, ohne dass eine Arbeitsleistung, Arbeitsbereitschaft oder eine andere Gegenleistung verlangt wird.

Was ist das Bedingungslose Grundeinkommen eigentlich?

Es ist keine Sozialleistung!

Steuer-finanzierte Sozialleistungen werden nach dem Kriterium Bedürftigkeit gewährt – das BGE erhält jeder, **ohne** Bedingungen und **ohne** Bedürftigkeitsprüfung. Das BGE ersetzt daher auch keine Sozialleistungen und <u>keine einzige Sozialleistung entfällt</u>.

Das Grundeinkommen ist eine für alle Bürger gleich hohe Steuer-Erstattung.

Dahinter steht ein alternatives, gerechteres Steuer-Konzept:

Steuer-Absetzbetrag (oder Steuer-Rückzahlung)
statt

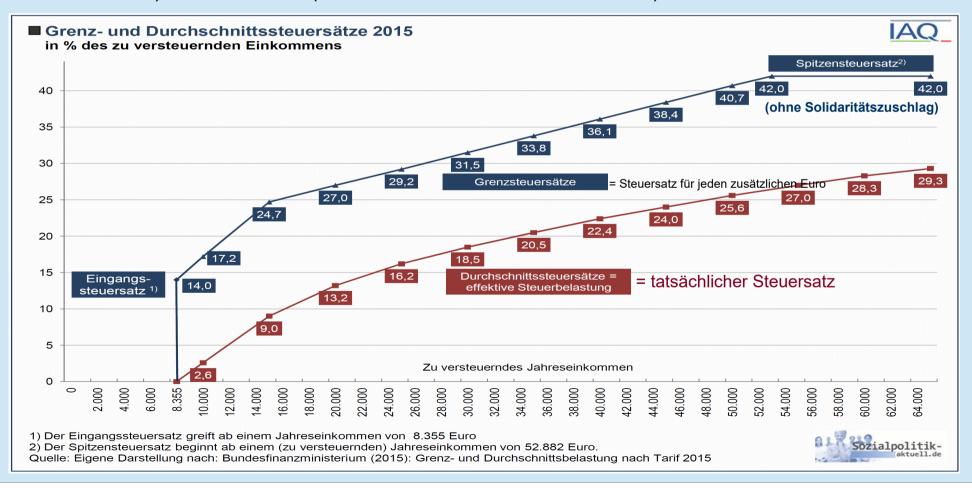
Steuer-Freibetrag und Steuer-Progression.

Die Einkommensteuer heute:

Wir kennen heute Einkommensteuern als prozentualen Anteil vom Einkommen. D.h. auch wenn der Steuersatz für alle gleich ist, zahlt jeder einen anderen Steuerbetrag – nämlich proportional zur Höhe seines Einkommens.

Dies gilt für alle zu versteuernden Jahres-Einkommen oberhalb von ca. 53.000 €. Alle Einkommen darunter werden mit ermäßigten Steuersätzen besteuert, die ersten 8.652 € gar nicht (Grundfreibetrag).

Angeblich werden damit Gering-Verdiener entlastet. Tatsächlich ergibt sich eine Steuer-Entlastung von 0 € (bei 0€ Einkommen) bis ca. 1.115 € (bei allen Einkommen über 60.000 €).



Es gibt jedoch eine gerechtere Alternative zu Freibeträgen und ermäßigten Eingangs-Steuersätzen:

Eine für alle Bürger gleich hohe monatliche Steuer-Erstattung

(wird auch als Steuerabsetz- oder Steuerabzugs-Betrag bezeichnet)

- Dabei wird an Stelle von Steuerfreibeträgen und allen weiteren Steuerermäßigungen monatlich ein einheitlicher Betrag an jeden Bürger ausbezahlt: das Grundeinkommen.
- Natürlich anstatt nicht zusätzlich zu den heutigen Steuerermäßigungen!
- Dafür werden ausnahmslos <u>alle</u> Einkommen mit dem <u>vollen</u> (Spitzen-)Steuersatz besteuert.

Dieses Prinzip ist keineswegs neu, es hat sich bereits seit Jahrzehnten bewährt:

Das Kindergeld (oder die bessere Bezeichnung: Kinder-Grundeinkommen).

Hier gibt es anschaulich sogar die Gegenüberstellung beider Alternativen zur Auswahl:

Der einzelne Steuerpflichtige wählt zwischen

- dem Kinder-Freibetrag, der abhängig von der Einkommenshöhe einen monatlichen Steuer-Nachlass von 0 € bis 272 € bietet,
- oder dem Kindergeld, das eine einheitliche <u>Steuer-Erstattung in Höhe von 190 € / Monat</u> ist, unabhängig von Einkommen und Steuer-Schuld.

Auch wer gar keine Steuern zahlt, erhält monatlich 190 € "Steuer-Erstattung" für jedes Kind.

<u>Diese Gegenüberstellung zeigt klar die Vorteile beider Steuermodelle für unterschiedlich hohe</u> <u>Einkommen:</u>

- Freibeträge (und niedrigere Eingangs-Steuersätze) begünstigen hohe und sehr hohe Einkommen,
- eine für alle gleiche Steuererstattung (z.B. Kindergeld) begünstigt niedrige Einkommen.

Der aktuelle Grundfreibetrag von 8.652 € pro Jahr führt zu einem monatlichen Steuer-Nachlass von 0,00 € (bei 0 € Einkommen) bis 342,30 € bei Spitzen-Einkommen.

Rechenbeispiel mit den Steuersätzen von 2016 für die Steuerklasse 1:

Brutto-Einkommen je Monat	Steuer mit Freibetrag und Progression (heute)
0€	0€
1.000 €	2€
2.000 €	209€
3.000 €	466 €
4.000 €	765 €
5.000 €	1.134 €
6.000 €	1.549 €
7.000 €	1.987 €
8.000 €	2.430 €
12.000 €	4.202 €

Rechenbeispiel mit den Steuersätzen von 2016 für die Steuerklasse 1:

Vergleich Steuerbelastung heute einheitlicher Steuersatz von 44,31 %

Brutto-Einkommen je Monat	Steuer mit Freibetrag und Progression (heute)	Steuer mit 44,31% Spitzensteuersatz ab dem 1. € (flat tax)	Differenz = Steuervorteil heute	
0€	0€	0€	0 €	
1.000 €	2€	443 €	441 €	
2.000 €	209€	886 €	678 €	
3.000 €	466 €	1.329 €	863 €	
4.000 €	765 €	1.772 €	1.008 €	
5.000 €	1.134 €	2.216 €	1.081 €	
6.000 €	1.549 €	2.659 €	1.110 €	
7.000 €	1.987 €	3.102 €	1.115€	
8.000 €	2.430 €	3.545 €	1.115€	
12.000 €	4.202€	5.317 €	1.115€	

Rechenbeispiel mit den Steuersätzen von 2016 für die Steuerklasse 1:

Vergleich Steuerbelastung heute einheitlicher Steuersatz von 44,31 % + "BGE"

Brutto-Einkommen je Monat	Steuer mit Freibetrag und Progression (heute)	Steuer mit 44,31% Spitzensteuersatz ab dem 1. € (flat tax)	Differenz = Steuervorteil heute	44,31% Steuer mit 1.115 € Steuererstattung
0 €	0€	0€	0 €	-1.115€
1.000 €	2€	443 €	441 €	-672 €
2.000 €	209€	886 €	678 €	-229 €
3.000 €	466 €	1.329 €	863 €	214 €
4.000 €	765 €	1.772 €	1.008 €	658 €
5.000 €	1.134 €	2.216 €	1.081 €	1.101 €
6.000 €	1.549 €	2.659 €	1.110 €	1.544 €
7.000 €	1.987 €	3.102 €	1.115€	1.987 €
8.000 €	2.430 €	3.545 €	1.115€	2.430 €
12.000 €	4.202€	5.317 €	1.115€	4.202€

Volkswirtschaftliche Zahlen (2015):

Volkseinkommen 2015 gesamt	2.260.000.000.000€
44,31% Steuer aus Volkseinkommen ergäbe Einnahmen von	1.000.000.000.000€
Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaft-Steuer 2015	290.000.000.000€
mögliche Einsparungen bei Sozialausgaben	90.000.000.000 € - 170.000.000.000 €
Daraus kann ein BGE finanziert werden von monatlich	900 € - 1.000 €

Daraus folgt:

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist grundsätzlich finanzierbar – auch in existenzsichernder Höhe!

Mit dem Steuersatz von 44,31 % ist aber noch kein Beitrag zu Kranken- und Pflege-Versicherung finanziert. Es würde jedoch ausreichen, den Steuersatz um den heutigen Arbeitnehmer-Beitragssatz zur Kranken- und Pflegeversicherung (8 – 10 %) zu erhöhen.

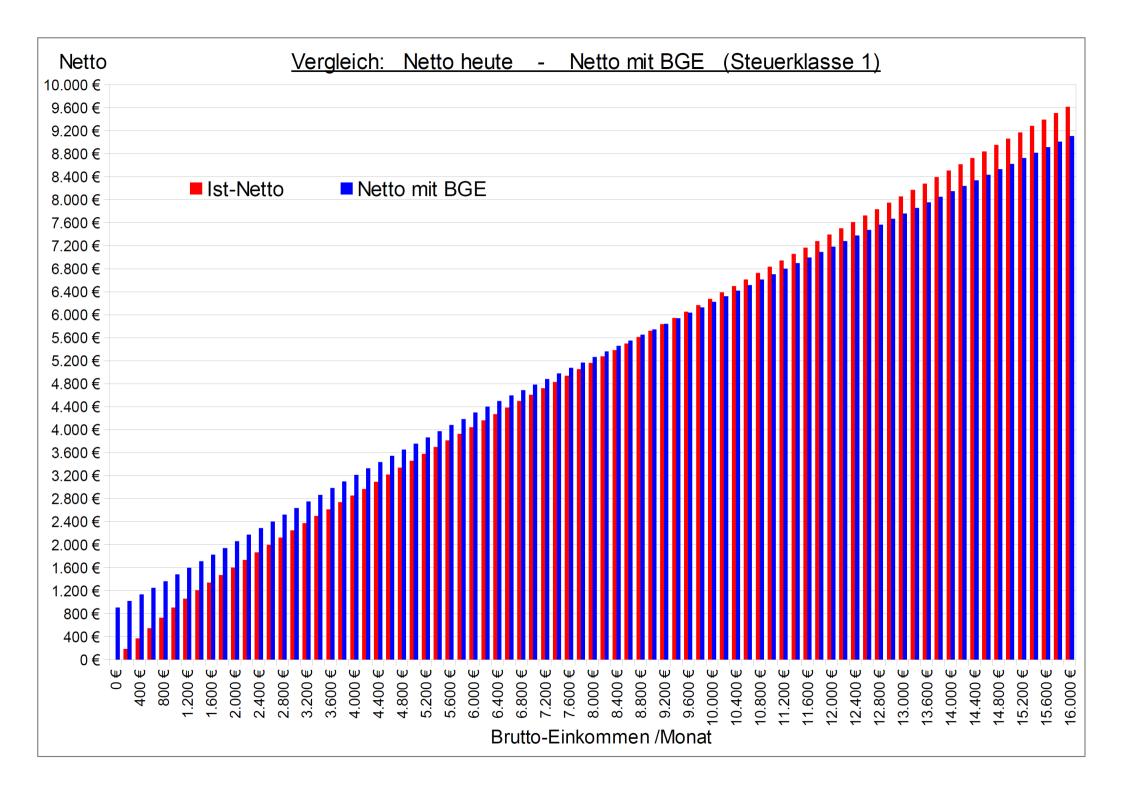
Wenn die KV-/PV-Beiträge aus dem BGE bezahlt werden, entfallen ja die bisherigen Arbeitnehmer- sowie die Arbeitgeber-Beiträge zur Kranken- und Pflege-Versicherung.

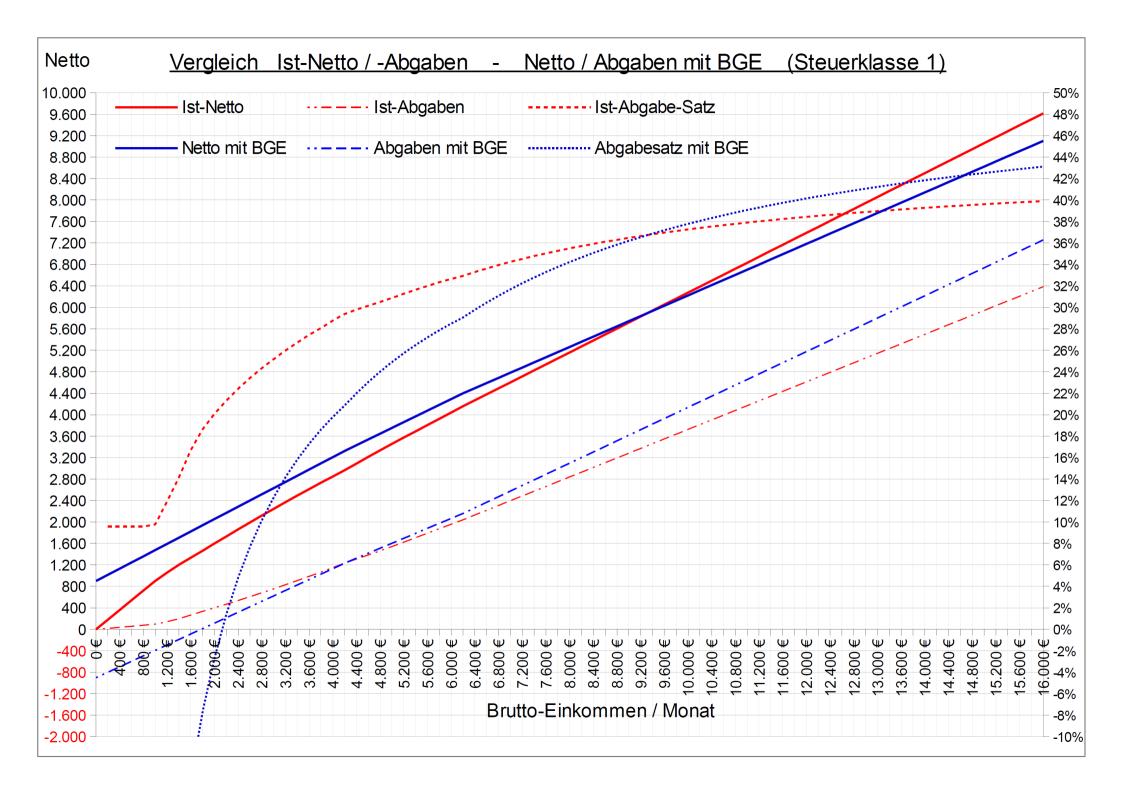
Brutto	Ist-Steuer		Ist-Netto	lst-	Ist-Abgabe-					Abgabesatz	1.200 €	52 %
	(incl. Soli)	KV+PV		Abgaben	Satz	KV + PV	RV+AV	mit BGE	BGE	mit BGE		
0€		10.0	0€			17.0	22.6	-900€		407.700/	(BGE monatlich)	(Gesamt-Steuersatz)
200 € 400 €		19 € 38 €			,	17 € 34 €	22 € 43 €	-799 € -697 €	1.016 € 1.131 €	-407,79% -182,66%	davon geht ab an Krankenversicherungen: 260 €	Krankenversicherung
600 €		36 € 57 €			,	54 € 51 €	43 € 65 €	-697 € -595 €	1.131 €	-102,00%	40 €	•
800 €	0€	37 € 77 €				51€ 68€	84 €	-393 € -492 €		-70,03%	300 €	
1.000 €		96 €			,	85 €	109 €	-393 €		-47,74%	300 €	all Malikelikassell gesallit
1.200 €		115 €					130 €	-333 € -291 €		-32,70%	BGE für Kinder bis 18 Jahre:	
1.400 €		134 €				102 € 119 €	150 € 152 €	-189 €		-22,00%	600 € BGE monatlich	
1.600 €		153 €			,	136 €	174 €	-88€		-13,97%		BOL MONAMON
1.800 €		172€				153 €	195 €	14 €		-7,70%		(ab hier Jahres-Summen:)
2.000 €	210 €	192€				170 €	217 €	115€		-2,71%		<u>, a.a. ,,,,,,,,,,,,,,,,,</u>
2.200 €		211€				186 €	239 €	217 €		1,37%	Krankenversicherungen erhalten aus BGE:	241.200.000.000€
2.400 €		230 €				203 €	260 €	319€		4,80%	Bundeszuschuss an KV für Kinder	20.280.000.000€
2.600 €		249€				220 €	282€	420€		7,68%	Krankenversicherungen erhalten insgesamt	261.480.000.000€
2.800 €		268€			,	237 €	304 €	521€		10,14%		_
3.000 €	468 €	287€	2.245 €	755 €	25,18%	254 €	326€	623€	2.632 €	12,28%	zu finanzieren:	
3.200 €	525 €	306€	2.369 €	831 €	25,98%	271 €	347 €	725€	2.747 €	14,17%	BGE (einschl KV) für 67 Mio Erwachsene *	964.800.000.000€
3.400 €	583 €	326€	2.491 €	909 €	26,72%	288 €	369€	826€	2.862 €	15,82%	BGE für 13 Mio Kinder unter 18 Jahre	93.600.000.000€
3.600 €	643 €	345€	2.612€	988 €	27,44%	305 €	391 €	927 €	2.978 €	17,28%	DCE Vester	1 059 400 000 000 6
3.800 €	703 €	364 €	2.733 €	1.067 €	28,08%	322 €	412€	1.029€		18,61%	BGE-Kosten	1.058.400.000.000€
4.000 €		383€		1.151 €	28,78%	339 €	434 €	1.131 €		19,79%	dayon abzuziahan:	
4.200 €		402€			,	356 €	456 €			20,86%	davon abzuziehen:	
4.400 €		406€			,	359 €	477 €			21,99%	Kindergeld, Elterngeld, Bafög	40.000.000.000€
4.600 €		406 €					499€			23,05%	Tandergeld, Ellerrigeld, Dalog	40.000.000.000 €
4.800 €		406 €				359 €	521€	1.512€		24,02%	Familienzuschläge und Beihilfen für Beamte	10.000.000.000€
5.000 €		406€			30,88%	359 €	543 €	1.604 €		24,91%	Tarrimonizacornago aria Bolinmon fai Boarna	10.000.000.000
5.200 €		406€				359 €	564 €	1.697 €		25,74%	Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG-2)	40.000.000.000€
5.400 €		406€				359 €	586 €			26,50%		
5.600 €		406 €				359 €	608€			27,21%	Sozialhilfe (u.a. Grundsicherung im Alter)	20.000.000.000€
5.800 €		406€				359 €	629€	1.976 €		27,87%	,	
6.000 €		406 €				359 €	651 €	2.068€		28,49%	Bundeszuschuss an die Rentenversicherung	62.000.000.000€
6.200 € 6.400 €		406 €				359 €	673 € 673 €			29,06% 29,78%	'' E' '' '' '' '' '' '	
6.600 €		406 € 406 €				359 € 359 €	673€			30,45%	weitere Einsparungen (Betrag nach eigener Einschätzung einsetzen; Bsp. Siehe unten):	0 €
6.800 €		406€				359 €	673 €			31,08%	Elliscitatzung einsetzen, bsp. diene unten).	
7.000 €		406€				359 €	673 €			31,68%	tatsächlich zu finanzierende BGE-Kosten	886.400.000.000€
7.200 €		406 €				359 €	673 €			32,25%		
7.400 €		406€			,	359 €	673 €			32,78%	Volkseinkommen 2015:	2.261.000.000.000€
7.600 €		406€					673 €			33,29%	Volksenikonimen 2010.	2.201.000.000.000
7.800 €		406€					673 €			33,77%	Steueraufkommen aus Volkseinkommen:	1.175.720.000.000 €
8.000 €		406€					673 €			34,22%		20.000.000
8.200 €		406 €					673 €			34,66%		
8.400 €		406€					673 €			35,07%		
8.600 €		406€					673 €			35,46%		
8.800 €		406€					673 €			35,84%		
9.000 €		406 €			·		673 €			36,20%	(deckt das bisherige Einkommensteuer-Aufkom	
9.200 €				3.371 €				3.721 €		36,54%	Ι,	289.000.000.000€

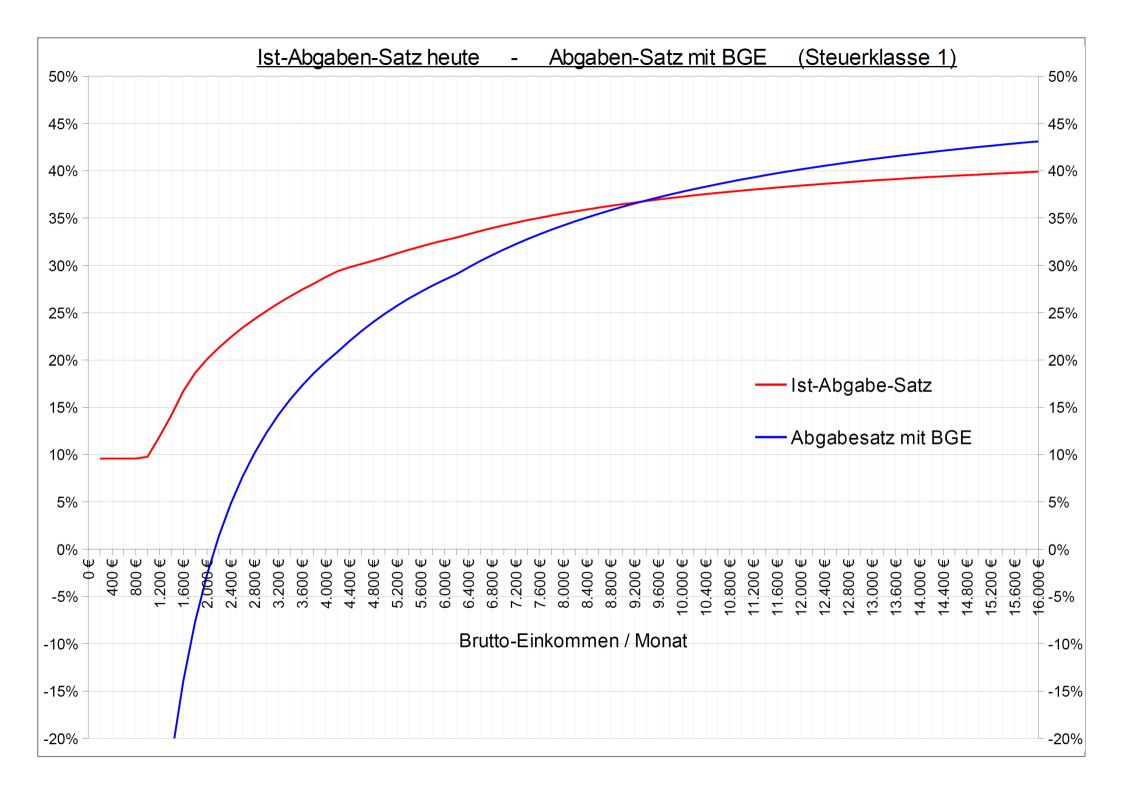
Brutto	Ist-Steuer (incl. Soli)	Beitrag KV+PV	Ist-Netto	Ist- Abgaben	Ist-Abgabe- Satz	AG-Anteil KV + PV	Beitrag RV+AV	Steuer mit BGE	Netto mit BGE	Abgabesatz mit BGE
	errechnet aus: Brutto - KV/PV-Beitrag - RV/AV-Beitrag		Brutto - Ist- Abgaben	Steuer + KV/PV- Beitrag	Ist-Abgaben in Prozent von Brutto			(Brutto + AG-Anteil KV + PV - RV+AV) * 52 % - BGE	Brutto + KV/PV AG-Anteil - Steuer Mit BGE - KV-Beitrag	Steuer mit BGE in Prozent von Brutto
2.000 €	210€	192€	1.599 €	402€	20,08%	170 €	217 €	-185€	2.054 €	-2,71%
2.000 € - 402 € 1.599 €								2.000 € + 170 € - 217 € 1.953 € * 52% =	2.000 € + 170 € -(-184)€ - 300 € 2.054 €	
Steuer: bezahlt Leistungen des Staates KV-/PV-Beitrag: bezahlt Gesundheitsleistungen								1.016 € -1.200€ -185 €	KV-/PV-I	Beitrag = 300 €

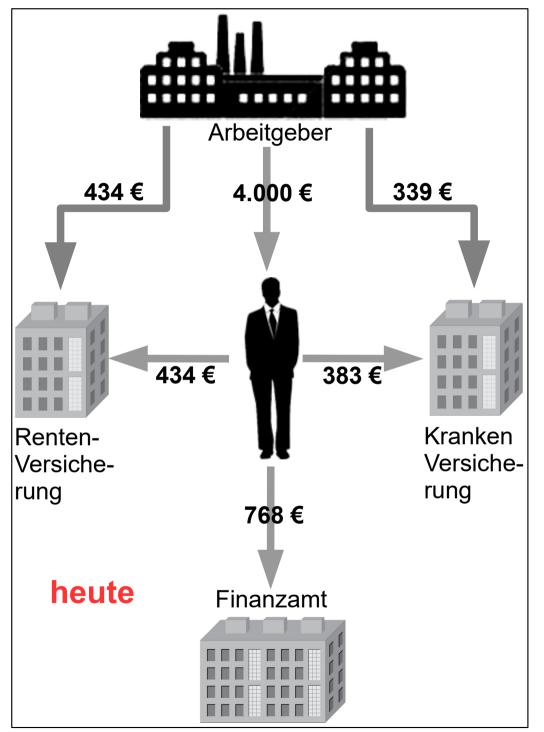
Einkommensteuer und Abgaben heute

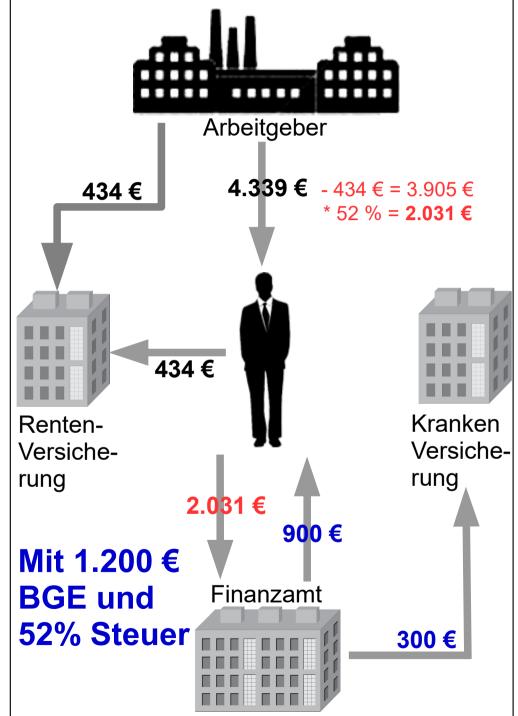
Einkommensteuer und Abgaben mit flat tax 52 % und 1.200 € BGE

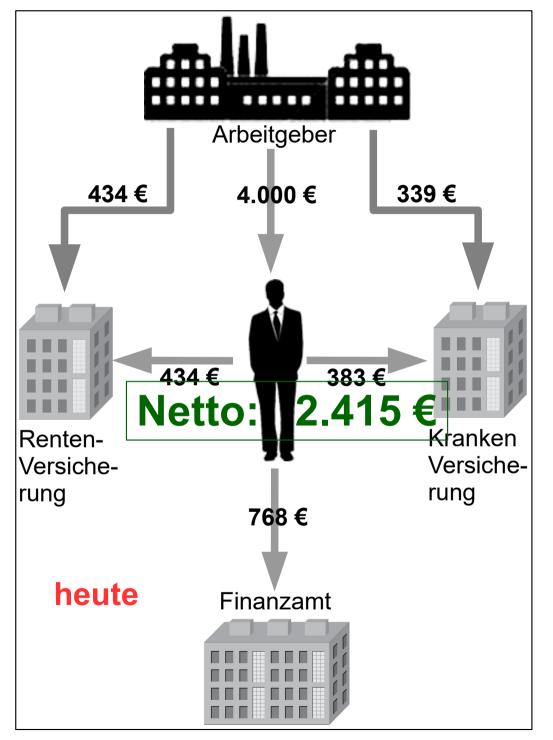


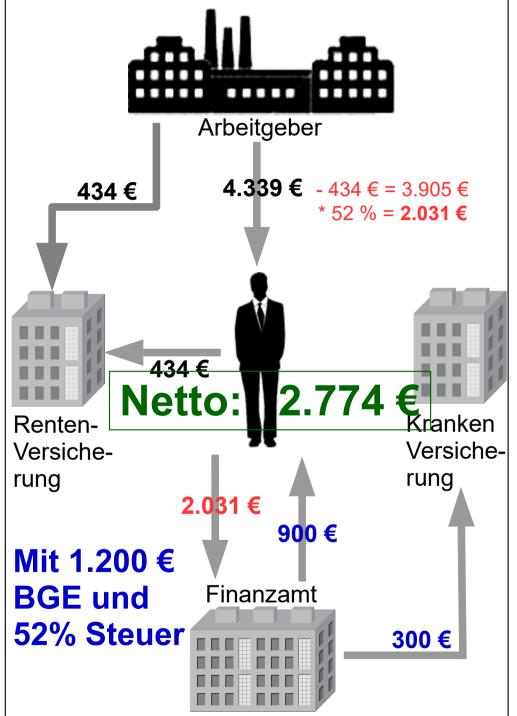












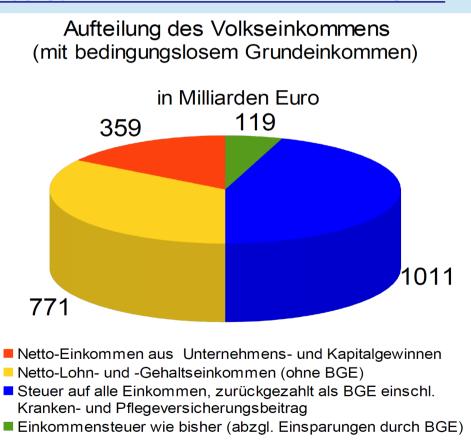
Ein vollständig durchgerechnetes Finanzierungsbeispiel mit dem Vergleich der Netto-Einkommen und Abgaben-Belastung heute und mit BGE findet Ihr auf der Webseite

http://grundeinkommen-online.de/?Finanzierung

Tabellen für OpenOffice bzw. Excel ermöglichen die Modifikation von einheitlichem Steuersatz und Höhe des monatlichen Grundeinkommens und zeigen die Auswirkungen für Einkommen von 0 € bis 16.000 € pro Monat – als Tabelle sowie in abgeleiteten Diagrammen.

Einkommens-Umverteilung durch ein BGE von 1.200 € / Monat und einer Flat Tax von 52%





«Freiheit heißt nicht, dass ich machen kann, was ich will – sondern dass ich nicht machen muss, was ich nicht will.» Jean-Jacques Rousseau

«Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft.»

Jean-Jacques Rousseau

«Geld ist geprägte Freiheit.»

Fjodor Michailowitsch Dostojewski

«Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit.

Das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten.»

George Bernard Shaw

Eine freie Gesellschaft kennt keine Armut.
Armut ist immer eine Folge von Abhängigkeit: Entweder durch die Verweigerung von Erwerbsmöglichkeiten (Arbeitslosigkeit) oder den Zwang zur Arbeit mit viel zu geringer Entlohnung.

Das Fehlen von Erwerbsmöglichkeiten ist dabei die wichtigste und beste Voraussetzung für die unzureichende Bezahlung der angebotenen Arbeit.

US-Präsident Obama: Künstliche Intelligenz könnte Job-Killer werden

PC-WELT 13.10.2016 | 13:29 Uhr | Hans-Christian Dirscherl

US-Präsident Barack Obama sieht die Gefahr, dass Computer mit künstlicher Intelligenz Millionen Menschen um ihre Jobs bringen. Das bedingungslose Grundeinkommen dürfte ein Dauerbrenner in der politischen Diskussion werden.

Noch-US-Präsident Barack Obama hat in einem Interview mit dem <u>US-Magazin Wired</u> auf mögliche Gefahren hingewiesen, die durch Künstliche Intelligenz KI (englisch: Artifical Intelligence, AI) entstehen könnten. Und brachte in diesem Zusammenhang ein steuerfinanziertes Grundeinkommen zur Sprache. Dieses bedingungslose Grundeinkommen für jeden Bürger eines Landes wird auch in diversen europäischen Staaten diskutiert.

Das Thema "steuerfinanziertes Grundeinkommen für alle" gewinnt an Bedeutung vor dem Hintergrund, dass Roboter und Computer, die mit künstlicher Intelligenz ausgestattet sind, zunehmend die Jobs von Menschen übernehmen könnten. Diese Menschen könnten dadurch arbeitslos werden. Einer dadurch verursachten Schwächung der Mittelschicht, der Verarmung von Millionen Menschen und erheblichen sozialen Verwerfungen gilt es also von staatlicher Seite entgegen zu wirken.

Obama ist sich sicher, dass die Diskussion um das vorbehaltslose Grundeinkommen die Diskussion der nächsten 10 bis 20 Jahre bestimmen wird.

Eine Studie aus dem Jahr 2013 kam bereits damals zu dem alarmierenden Schluss, dass allein in den USA 47 Prozent aller Jobs davon bedroht sein könnten, dass sie in den nächsten 20 Jahren durch Maschinen übernommen werden könnten. Das würde Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben. Mit katastrophalen Folgen für Mensch, Gesellschaft und Staat.

"Wir sind noch immer gerne Fremdbestimmer" (Interview mit Daniel Häni, Basel)

"Wer bestimmt, wenn jeder selbst bestimmt": Geht es dabei allem voran um eine Machtfrage?

<u>Daniel Häni:</u> Ja, im Kern geht es um eine Machtumverteilung. Mehr Macht beim Einzelnen. Mit einer bedingungslosen Existenzsicherung sind wir weniger manipulierbar. Wir werden dafür mehr bei unserer Verantwortungsfähigkeit angesprochen. Wir können angstfreier auch mal Nein sagen. Es geht um mehr Selbstbestimmung. Daher kommt die große Gegnerschaft.

So mancher Kritiker behauptet ja, dass eine Gesellschaft mit Grundeinkommen weit weniger sozial wäre als unsere heutige Wirtschaftsordnung. Zum Beispiel, weil auch Millionäre noch monatlich bedingungslos jene rund 1500 Euro erhalten würden, die Sie in der Schweiz als das definiert haben, was ein Mensch unbedingt zum Leben braucht.

<u>Daniel Häni:</u> Das ist sogar sehr wichtig. Das Grundeinkommen ist von allen und für alle. Es räumte auf mit der feudalistischen Vorstellung, dass die Reichen für die Armen sorgen würden. «Sozial» ist nicht, den Armen zu helfen, sondern sich nicht über sie zu stellen. Das Grundeinkommen ist ein Grundrecht, wie das Stimm- und Wahlrecht.

Unser heutiger Sozialstaat beruht auf dem Prinzip: Wer arbeiten kann, der muss". Sie wollen das mit einem bedingungslosen Grundeinkommen umdrehen, und sagen: «Wer nicht muss, der kann». Warum ist laut Abstimmung in Schweiz nur jede/r fünfte Bürger/In bereit, sich auf ein solch verheißungsvolles Versprechen einzulassen?

<u>Missen, was für die anderen gut ist. Wir sind noch immer gerne Fremdbestimmer.</u> Es braucht also viel Geduld und Aufklärung. Die Erde wurde schließlich auch nicht von einem Tag auf den anderen rund. Im Kanton Basel-Stadt gab es übrigens einen Ja-Stimmenanteil von 35% und in einigen Stadtbezirken in Zürich und Genf sogar auf Anhieb eine Mehrheit. Bemerkenswert sind auch die 69% der Schweizer und Schweizerinnen, die damit rechnen, dass es eine zweite Abstimmung zum Grundeinkommen geben wird. Das Thema ist nicht vom – wie einige vermuten würden – sondern auf dem Tisch.

Zwei der häufigsten Argumente gegen das Grundeinkommen sind: "Das können wir uns nicht leisten" und "Wer macht dann all die schmutzigen und monotonen Arbeiten, die nicht das Selbstverwirklichungspotential bieten, das Grundeinkommen ermöglich soll". Was sind die Antworten darauf?

<u>Daniel Häni:</u> Dass wir es uns nicht leisten können, ist ein Irrtum. Das Grundeinkommen ist kein zusätzliches Einkommen. Es ist nicht mehr Geld. Vielmehr stellt sich die Frage, wie lange wir es uns noch leisten wollen, Menschen in unnötigen Abhängigkeiten belassen zu wollen. Es müsste mal berechnet werden, wie hoch der volkswirtschaftliche Schaden ist, solange wir noch kein bedingungsloses Grundeinkommen haben.

Monotone - also berechenbare - Arbeiten werden sehr wahrscheinlich in Zukunft noch deutlich mehr von Robotern übernommen werden. Schmutzige Arbeiten sind oft Arbeiten, die den Schmutz wegmachen. Die müssen wir entsprechend der Leistung in Zukunft besser wertschätzen, dann würden wir sie wahrscheinlich auch weniger als schmutzig ansehen.

Süddeutsche Zeitung vom 30. 5. 2016:

Analyse von Alexandra Borchardt (Auszug)

Das garantierte Grundeinkommen ist derzeit das heißeste Thema in der Debatte um die Zukunft der Arbeit, denn Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden von Arbeit im traditionellen Sinne womöglich nicht mehr genug für alle übrig lassen, zumindest sagen das einige Prognosen.

"Der digitale Fortschritt vergrößert den Kuchen, aber es gibt kein ökonomisches Gesetz, das sagt, dass jeder davon profitiert", so formuliert es Erik Brynjolfsson, Wirtschaftswissenschaftler am amerikanischen MIT.

Die Gewinner treiben nun vor allem zwei Sorgen um: Wer soll all die Produkte kaufen, die künftig von Robotern produziert werden oder aus 3-D-Druckern quellen, wer all die Dienstleistungen nutzen?

Und noch wichtiger: Wie lassen sich soziale Konflikte zwischen Reich und Arm entschärfen?

Der Wirtschaftsprofessor und ehemalige griechische Finanzminister, Yanis Varoufakis, nennt das Grundeinkommen gar "eine Notwendigkeit, um den Kapitalismus zu zivilisieren".

Der Berkeley-Professor Robert Reich, ehemals Arbeitsminister in der Regierung von Bill Clinton, nennt es gar einen unvermeidlichen Schritt.

Kritik von Alexandra Borchardt:

- Für ein wirklich großzügiges Grundeinkommen aber müssten die Steuersätze astronomisch steigen und neue Steuern erfunden werden. (was ist "astronomisch"? vielleicht 52 %?)
- Zu viel Freiheit kann hilflos und orientierungslos machen. (war schon ein Argument gegen die Abschaffung der Sklaverei in den USA)

Armutsforscher Butterwegge erklärt, warum das Grundeinkommen ein schwerer Fehler wäre

The Huffington Post | von Jürgen Klöckner

(Kommentare überflüssig ;-)

Er zählt zu Deutschlands bekanntesten Armutsforschern, jetzt nimmt er sich das Grundeinkommen vor:

Befürworter sehen gewaltige Vorteile, sprechen von einer gesellschaftlichen Revolution, die Armut abschaffen würde. Unter ihnen sind Politiker, Forscher und Verbände. Und sie sind nicht alleine - über 60 Prozent der Europäer sprechen sich dafür aus. Butterwegge nennt das naiv. Wir haben seine sechs zentralen Argumente aus unserem Gespräch mit ihm zusammengefasst, warum das Grundeinkommen ein schwerer Fehler sein könnte.

1. "Auf den ersten Blick ist das Grundeinkommen extrem faszinierend"

"Auf den ersten Blick ist das Grundeinkommen faszinierend in seiner Einfachheit. Statt 53 gäbe es nur noch eine Sozialleistung. Außerdem vereint es unterschiedliche Interessengruppen. Erwerbslose versprechen sich, nicht mehr den Schikanen der Jobcenter ausgesetzt zu sein. Frauen wollen nach der Scheidung nicht mehr auf den Ehemann angewiesen sein. Studierende müssten kein Bafög mehr beantragen. Und Unternehmen könnten ihre soziale Verantwortung an den Staat auslagern. Am Anfang hat jeder Sympathie dafür: Es wirkt einfach, unbürokratisch, egalitär. Es ist der Versuch, den Kommunismus im Kapitalismus einzuführen, nach dem Lebensentwurfs eines Lottogewinns. Befürworter glauben an die Idee, dass alle Gesellschaftsmitglieder wie Adam und Eva im Paradies frei und ohne Arbeitszwang leben können."

2. "Aber in Wahrheit ist das Grundeinkommen ist ein populistischer Vorschlag"

"Wer beim Grundeinkommen näher hinsieht, sagt: um Himmels willen! Das ist ein populistischer Vorschlag. Manche Befürworter sind auch naiv – ihr Glaube an das Schlaraffenland ist eine gefährliche Utopie, die viele Menschen davon abhält, konkrete und realisierbare Schritte zu gehen. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und ein Mindestlohn von zehn Euro würde Deutschland weitaus besser auf den digitalen Wandel in der Arbeitswelt vorbereiten als das Grundeinkommen."

3. "Das Grundeinkommen wurde den Sozialstaat zerstören..."

"Das Grundeinkommen würde den bestehenden Sozialstaat zerstören. Dessen Basis ist die Bedarfsgerechtigkeit – derjenige, der viel braucht, bekommt viel und umgekehrt. Das Grundeinkommen aber behandelt den Milliardär wie einen früheren Hartz-IV-Empfänger oder einen Schwerstbehinderten "

4. "... und es würde Armut fördern"

"Das Grundeinkommen bekämpft nicht, sondern fördert Armut. Ein Beitrag in Höhe von 1.000 Euro ist nichts wert, wenn ihn alle bekommen. Die relative Armut würde dadurch kaum abnehmen, ebenso wenig wie der in wenigen Händen konzentrierte Reichtum. Wer die Armut wirksam bekämpfen will, muss aber den Reichtum antasten. Die Preise würden steigen, etwa durch eine höhere Mehrwertsteuer, wie sie Befürworter zur Finanzierung vorschlagen. Diese würde vor allem ärmere Bevölkerungsschichten belasten. Der Arbeitszwang bestünde also fort."

5. "Das Grundeinkommen ist nicht finanzierbar"

"Das Grundeinkommen ist nicht finanzierbar. Entweder besteuert der Staat es. Dann würde nicht mehr das Jobcenter, sondern das Finanzamt kontrollieren – und das Grundeinkommen wäre nicht mehr bedingungslos. Oder der Staat lässt es unbesteuert, dann entstehen Kosten in Billionenhöhe. Derzeit gibt der Bund nur etwas mehr als 300 Milliarden Euro pro Jahr aus. Das scheint mir die Idee ins Reich der Fantasien zu transportieren."

Ausschnitt aus: "Zu Besuch bei den Bürgern von Calais" in der SZ vom 26. 10. 2016

Der Schriftsteller Emmanuel Carrère war in dem Hafenort

SZ:

Heute wählen mehr als fünfzig Prozent in der Region rund um Calais den Front National (FN). Warum profitiert er so stark von diesem Niedergang?

Emmanuel Carrère:

Weil der Front National den Menschen sagt: Ihr seid arm dran, die Eliten haben euch verraten, wir werden uns um euch kümmern. Mit den ersten beiden Aussagen haben sie ja recht, sie sind arm dran, und die politische Elite hat sich nicht gekümmert...

SZ:

Bei uns in Deutschland hat in diesem Jahr das Buch eines französischen Soziologen für Furore gesorgt: Didier Eribon erzählt in "Rückkehr nach Reims", wie das gesamte kleinbürgerliche oder proletarische Umfeld seiner Eltern gegen Ende der Achtzigerjahre von den Sozialisten umgeschwenkt ist zum FN. Nicht im Kollektiv, sondern heimlich, jeder für sich. Trifft das auch auf Calais zu?

Emmanuel Carrère:

Ich glaube auf ganz Frankreich. Die Linke hat irgendwann in den Achtziger- oder Neunzigerjahren ihre Stammklientel aus den Augen verloren.

SZ:

Wer ist diese Stammklientel?

Emmanuel Carrère:

Früher hätte man gesagt, die Arbeiter, aber die gibt es ja so nicht mehr, weil es keine Industrie mehr gibt. Es gab früher einen Arbeiterstolz, eine Identität und Kultur. Jetzt haben alle irgendwelche Kurzzeitjobs, sind entrechtete, vereinzelte Arme. Das ist beängstigend. Man merkt es sogar hier, mitten in Paris. Die Stadt hat sich unglaublich verändert. Die Armut ist überall.

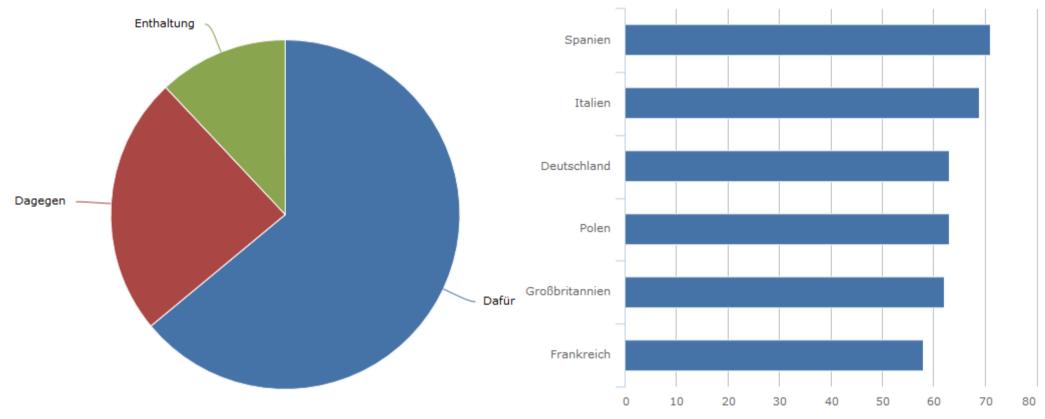
Umfrage: 64 Prozent der EU-Bürger würden für Grundeinkommen stimmen

Zweidrittel-Mehrheit für Grundeinkommen in der EU

Anteil der Befragten, die derzeit in einer Volksabstimmung "für" oder "wahrscheinlich für" bzw. "gegen" oder "wahrscheinlich gegen" die Einführung eines Grundeinkommens stimmen würden, in Prozent

Mehrheit in allen großen EU-Staaten

Anteil der Befragten, die derzeit in einer Volksabstimmung "für" oder "wahrscheinlich für" die Einführung eines Grundeinkommens stimmen würden, in Prozent



Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 20

Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 2016

Die Zustimmung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen lag in allen sechs großen EU-Ländern klar über der 50-Prozent-Marke.

Am höchsten war sie in Spanien mit 71 Prozent, am geringsten in Frankreich mit 58 Prozent. In Deutschland sprachen sich 63 Prozent der Befragten dafür aus.

Umfrage: 64 Prozent der EU-Bürger würden für Grundeinkommen stimmen

Arbeiten trotz Grundeinkommen

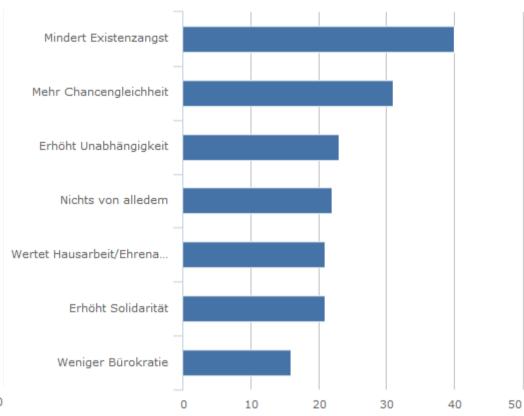
Anteil der Antworten auf die Frage nach der wahrscheinlichsten Auswirkung auf die persönliche berufliche Planung, in Prozent

Kein Einfluss Mehr Zeit für die Familie Nichts von alledem Sich fortbilden Mehr ehrenamtliche Arbeit Einen anderen Job suchen Weniger arbeiten Freiberuflich arbeiten Nicht mehr arbeiten 15 20 25 30 10

Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 2010

Grundeinkommen: Pro-Argumente

Anteil der Befragten, die folgende Argumente für ein Grundeinkommen überzeugend fanden, in Prozent (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10,000 EU-Bürgern, April 2016

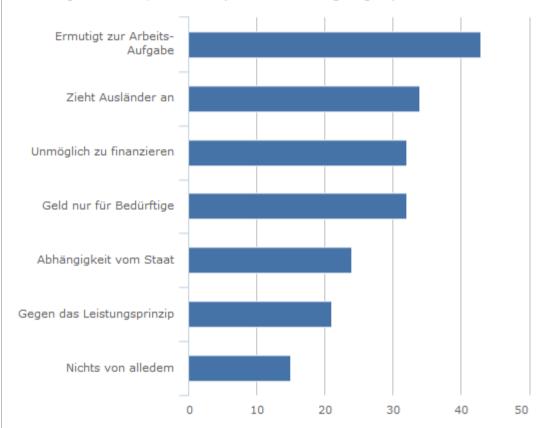
Nur eine kleine Minderheit der EU-Bürger - vier Prozent - würde der Umfrage zufolge denn auch aufhören zu arbeiten, wenn ein Grundeinkommen eingeführt würde. Weitere sieben Prozent gaben an, weniger arbeiten zu wollen, immerhin 15 Prozent würden mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen. Mit 34 Prozent antworteten allerdings die meisten Befragten, dass sie auch bei einem Grundeinkommen weiter so arbeiten würden wie bisher.

Am stärksten für ein bedingungsloses Grundeinkommen spricht für die EU-Bürger, dass es von finanziellen Existenzängsten befreit - 40 Prozent fanden dieses Argument überzeugend. 31 Prozent glauben, dass es mehr Chancengleichheit schaffen könnte.

Umfrage: 64 Prozent der EU-Bürger würden für Grundeinkommen stimmen

Grundeinkommen: Gegen-Argumente

Anteil der Befragten, die folgende Argumente gegen ein Grundeinkommen überzeugend fanden, in Prozent (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Dalia Research; Umfrage unter 10.000 EU-Bürgern, April 2016

Auch die EU-Umfrage bestätigt einen Befund, der bereits in früheren Befragungen zutage trat:

Zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung klafft offenbar eine große Lücke. Während nur vier Prozent aufhören würden zu arbeiten, fürchten mehr als viermal so viele -43 Prozent -, dass sich ihre Mitmenschen auf die faule Haut legen könnten.

Mit 34 Prozent besteht aus Sicht von etwa einem Drittel der befragten EU-Bürger die Gefahr, dass ein Grundeinkommen Ausländer in ihr Land locken könnte, die es nur auf diese Absicherung abgesehen hätten.

Etwas weniger (32 Prozent) halten ein Grundeinkommen für nicht finanzierbar. Nur rund ein Fünftel stört sich an der vermeintlichen Aufhebung des Leistungsprinzips - also an der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens.

Dalia Research befragte zehntausend EU-Bürger im April 2016 im Zuge der regelmäßigen, repräsentativen e28-Umfrage, die unter anderem auch von der Bertelsmann-Stiftung verwendet wird.

Das Marktforschungsinstitut lässt die Befragten online per Desktop-PCs, Tablets und Smartphone abstimmen - hierin liegt auch die einzige Einschränkung der Teilnehmerauswahl.

Den Teilnehmern wird aber das Thema der Befragung nicht vorab mitgeteilt.

Ziele eines bedingungslosen Grundeinkommens:

Für den Einzelnen und seine Familie:

- Mehr Freiheit für den Einzelnen durch existenzielle Sicherheit,
- Beseitigung der Lohnabhängigkeit, mehr Autonomie der Arbeitnehmer,
- Größere Unabhängigkeit bei der Suche nach einem Erwerbseinkommen,
- Humanere Arbeit durch bessere Arbeitsbedingungen,
- Bisher schlecht bezahlte, aber notwendige Arbeit wird besser bezahlt, attraktiver gestaltet oder automatisiert (unnötige Arbeit muss nicht mehr geleistet werden)
- Chancen für Existenzgründer und Selbständige (mehr Durchhaltevermögen),
- Geringerer Versicherungsaufwand: keine Lebens-, Berufsunfähigkeit- und Unfall-Versicherung mehr nötig (oder mit geringerem Beitrag), keine Riester-Rente,
- Förderung von Familien, Kindern, Allein-Erziehenden und nicht erwerbstätigen Partnern,
- Mehr Autonomie von Studierenden und Auszubildenden, bei der Wahl von Studium und Beruf,
- Familiengründung jederzeit möglich, auch in Studium und Ausbildung, dadurch Umkehr der demographischen Entwicklung,
- Gerechte und ausreichende Alterssicherung und Gesundheitsversorgung für jeden,
- Verbesserung der Kreditfähigkeit (für Darlehen, Mieten, u.v.m.)

Ziele eines bedingungslosen Grundeinkommens:

Für die Gesellschaft:

- Wahrung der Würde aller Menschen, ohne Stigmatisierung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern, Umsetzung des Artikel 1 unserer Verfassung
- Vollständige und dauerhafte Beseitigung von Armut,
- Beseitigung der "Arbeitslosigkeit" (eigentlich der Erwerbslosigkeit),
- Einfacheres und gerechteres Steuersystem,
- Mehr Verteilungsgerechtigkeit, Stopp der Umverteilung von unten nach oben verhindert, dass die Einkommensschere immer weiter auseinander geht,
- Beseitigung des festen Renteneintritt-Alters möglich (BGE = Mindestrente),
- Abbau von unproduktiver Sozialbürokratie, effizienterer Sozialstaat,
- Beseitigung von Subventionen, z.B. in der Landwirtschaft, Kurzarbeitergeld, u.v.m.,
- Das BGE als Konjunkturprogramm, das eine Vielzahl zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen würde,
- Entfaltung von Kreativitätspotenzialen mit dem Ergebnis steigender Wertschöpfung,
- Dämpfung von Konjunkturschwankungen und Wirtschaftskrisen